

Mainz, 22.09.2015

**Antrag 1694/2015 zur Sitzung am
Flüchtlingshilfe optimieren (FDP)**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und wenn ja an welchem Standort und mit welchen Mitteln eine zentrale Sammeleinrichtung für Spenden umgesetzt werden könnte.
2. Bei einer positiven Prüfung wird die Verwaltung gebeten, unter Einbeziehung der beteiligten Gremien und Einrichtungen, diese zentrale Sammelstelle umzusetzen.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Mainz beherbergt hunderte Flüchtlinge aus aller Welt, um diesen eine Zuflucht und Sicherheit zu geben. Mit der Flüchtlingsbetreuung sind die Malteser Werke gGmbH und die Stiftung Juvente Mainz beauftragt. Dabei werden sie von vielen ehrenamtlich engagierten Mainzerinnen und Mainzern unterstützt.

Die meisten Flüchtlinge leben in Gemeinschaftsunterkünften, die zwar vollmöbliert ausgestattet sind, aber trotzdem werden immer wieder konkrete Sach- und Zeitspenden benötigt. Sachspenden sind zum Beispiel Schulutensilien, Fahrräder, Hygieneartikel. Zeitspenden dagegen sind beispielsweise die Begleitung bei Behördengängen, das Anbieten von Hausaufgabenhilfen oder "Sprachunterricht".

Diese konkreten Bedarfe (genannt: Gesuche) sind natürlich für jede Gemeinschaftsunterkunft und seine Bewohnerschaft unterschiedlich. Darum nutzen die Flüchtlingsbetreuerinnen und -betreuer, die den Alltag der Flüchtlinge begleiten und kennen, eine Datenbank. Denn so wird auch nur das gesucht, was wirklich gebraucht wird. Über die Internetseite www.mainzer-ehrenamt.de kann man erfahren, welche Sach- und Zeitspenden gerade benötigt werden. Jedoch bei der Abgabe der Spenden gibt es nicht nur eine Anlaufstelle sondern mehrere. Daher kann es vorkommen, dass spendenbereite Bürgerinnen und Bürger einen erheblichen Mehraufwand betreiben müssen, damit sie Ihre Spenden abgeben können, da nicht in jeder Anlaufstelle die gleichen Spenden benötigt werden. Hierin sehen wir ein Optimierungspotential der bisher sehr guten Betreuung der Flüchtlinge in Mainz, das sowohl den betreuenden Einrichtungen als auch den spendenbereiten Bürger entlasten würde.

Walter Koppius
FDP-Fraktionsvorsitzender